

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Monika Gensefort
MdB und Michael Müller
MdB sehen die
Chancen des Umwelt-
Gipfels von Rio
schwinden: Tal statt
Gipfel.

Seite 1

Konrad Gilges MdB
wirft dem Wehrbeauf-
tragten des Deutschen
Bundestages vor, sei-
ner Aufgabe nicht ge-
recht zu werden: Ver-
kapptes Bundeswehr-
konzept statt Stim-
mungsbild der Truppe.

Seite 2

Walter Haack, ehemal-
ger wissenschaftlicher
Assistent der SPD-
Bundestagsfraktion für
Vertriebenenfragen,
wamt vor einer Ver-
schleppung der Pro-
bleme der deutschen
Einheit.

Seite 3

47. Jahrgang / 78

23. April 1992

Tal statt Gipfel

Die Chancen des Umwelt-Gipfels von Rio schwinden

Von Monika Gensefort MdB

Sprecherin der SPD in der Klima-Enquete

und Michael Müller MdB

**Vorsitzender der Enquete-Kommission Schutz des Menschen und
der Umwelt**

In den letzten Jahren haben sich die Daten über den schlechten Zu-
stand unseres Planeten in einem beängstigenden Umfang verstärkt:
Die reale Gefahr einer globalen Klimakatastrophe, die sich weltweit wie
ein Krebsgeschwür ausbreitende Armut oder die scheinbar unaufhalt-
same Abwärtsspirale aus Unterentwicklung und Naturzerstörung. In
besonderer Weise haben dies die Berichte der Weltklimakonferenz von
1988 in Toronto und der UN-Kommission Umwelt und Entwicklung
(Brundtland-Bericht) belegt. Zu diesen Menschheitsfragen sollte der
Erdgipfel, der im Juni 1992 in Rio stattfindet, erste verbindliche Verein-
barungen über internationale Konventionen zum Schutz der Umwelt
und zur Bekämpfung des Elends in den Entwicklungsländern vorlegen.

Doch sechs Wochen vor dieser wichtigen Konferenz ist von den großen
Ankündigungen wenig übriggeblieben. Statt der notwendigen globalen
Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen um 20 Prozent bis zum Jahr
2005, wird jetzt schon bejubelt, wenn dann einzelne Industrieländer
den heutigen Umfang ihrer Emissionen nicht mehr überschreiten wol-
len. Aber noch vorausgesetzt, wichtige Konkurrenzländer ziehen in
gleicher Weise mit, was jedoch nicht zu erwarten ist. Statt auf einem
Gipfel befindet sich die Menschheit in Rio noch immer in einem tiefen
Tal, in dem das Wasser schnell zu steigen droht. Je länger gewartet
wird, desto weniger kann gerettet werden. Wirtschaftlicher Egoismus
und kleinkariertes Feilschen verhindern, daß vor allem die starken In-
dustrieländer ihrer Verantwortung gerecht werden.

Die SPD sieht sich leider in ihrer kritischen Haltung zur Entschei-
dungsfähigkeit der heutigen Regierungen bestätigt. Sie hat bereits
1990 in ihrem Votum für den Bericht der Enquete-Kommission "Schutz
der Erdatmosphäre" festgehalten, daß es im internationalen Bereich
nur zu Vereinbarungen zum Schutz des Klimas kommen wird, wenn die
Industrieländer dafür umfangreiche Vorleistungen erbringen. Insbeson-
dere müssen einzelne Länder konkret mit dem Umbau ihrer Volkswirt-
schaften beginnen, unabhängig davon, ob die nur sehr langwierig zu
schaffenden internationalen Rechtsinstrumente existieren oder nicht.
Gegen die globale Selbstblockade hilft ein ökologischer Domino-Effekt:
Ein Land zwingt andere Länder durch eigenes Verhalten zur Nachah-
mung.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Wir haben nur noch wenig Zeit: Die 90er Jahre erfordern vor allem in der Verkehrs- und Energiepolitik konkrete Richtungsentscheidungen zur Verkehrsvermeidung und zur Effizienzrevolution. Deshalb muß mit den folgenlosen Ankündigungen Schluß sein, soll sich nicht noch mehr Unsicherheit und Zukunftsangst ausbreiten. Auch die Bundesregierung hat kein Recht, sich in Sachen Klimaschutz auf's hohe Pferd zu setzen. Ihre vergleichsweise mutigen Ankündigungen von 1990 sind Papier geblieben. Herr Töpfer hat große Hoffnungen geweckt und kann jetzt die Scherben der enttäuschten Erwartungen gar nicht mehr so schnell zusammenfegen, wie er sie produziert hat.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zum Schutz des Klimas nicht von illusionären Vorbedingungen abhängig zu machen oder die Verantwortung auf andere abzuschieben. Sie soll sich nicht erst nach der UN-Konferenz um einen Prozeß bemühen, der Reduktionsziele festlegt, sondern sich klipp und klar verpflichten, bis zum Jahr 2005 die nationalen Kohlendioxid-Emissionen um 25 bis 30 Prozent zu verringern und die Produktion von FCKW und Halone sofort einzustellen.

(-/23. April 1992/hgs/ks)

Stimmungsbild oder verkapptes Bundeswehrkonzept
Zum Wehrbericht 1991 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages

Von Konrad Gilges MdB

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Alfred Biehle nutzt den Wehrbericht 1991 um sich in den Kreis derer einzureihen, die eine Ausweitung der Aufgabenstellungen der Bundeswehr fordern. Er unterstützt dabei den Versuch der Bundesregierung, schon heute Pflöcke zu setzen, an denen sich eine zukünftige Diskussion über eine Neustrukturierung der Bundeswehr und ihrer Aufgaben zu orientieren hat. Statt die Interessen und Stimmungen der Soldaten in den Mittelpunkt zu stellen, versucht Biehle deshalb in seiner Einleitung Anforderungen an die Bundeswehr und ihre Aufgabenstellung zu formulieren, die dem Bundeswehrkonzept nahekommen, mit dem schon der ehemalige Bundesminister der Verteidigung Dr. Gerhard Stoltenberg im Verteidigungsausschuß gescheitert ist.

Biehle versucht, den Verlust alter Feindbilder durch neue Bedrohungen zu ersetzen, ohne dabei kritisch zu hinterfragen, ob diese denn überhaupt eine militärische Herausforderung darstellen. Weder der Machtzerfall in der ehemaligen Sowjetunion noch der Bürgerkrieg in Jugoslawien sind Aufgaben, die durch militärische Mittel gelöst werden können. Politische und wirtschaftliche Lösungen müssen hier im Vordergrund stehen. Wenn Alfred Biehle trotzdem versucht, hieraus eine Legitimation für eine neue Bundeswehrstruktur zu finden, zeigt er, worum es wirklich geht, um militärische Einsätze unter Beteiligung der Bundeswehr auch außerhalb des NATO-Gebietes. Unterstützt wird dies noch, wenn er im Zusammenhang mit der neuen NATO-Militärstrategie feststellt, daß die Beteiligung an einer Schnellen Eingreiftruppe "politisch nicht umstritten sein" dürfe. Statt das Eingehen auf Bündnisverpflichtungen an die politische Konsensbildung zu binden, wird der umgekehrte Weg gegangen. Eine Militarisierung der internationalen Politik, wie sie durch das NATO-Konzept gefördert wird, wäre in der Bundesrepublik auch politisch anders kaum zu erreichen.

Der Versuch Biehles, militärische Mittel immer noch als legitimes und wirksames Instrument der Politik zu sehen, führt zu einer Bundeswehr, deren Hauptziel nicht mehr die defensive Verteidigung ist, sondern die schnelle Kampffähigkeit unter allen Bedingungen. Entsprechend dieser Sichtweise der Bundeswehr sieht auch Biehles Bild des Soldaten aus. Dieser muß "jederzeit darauf vorbereitet sein, einen nicht im Belieben des einzelnen stehenden Auftrag gegebenenfalls unter Einsatz des eigenen Lebens und ohne die Garantie einer gesunden Helmkehr ausführen zu müssen".

Soldaten, die nicht bereit sind ihr Leben bei beliebigen Konflikten aufs Spiel zu setzen, da sie die Legitimation ihres Dienstes aus der Verteidigung der Demokratie und der territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik ziehen, unterstellt Biehle ein "Job-Denken". Soldaten, die unter

dem Eindruck des Golfkrieges verweigerten wirft er vor, sie entzögen sich ihren Pflichten. Stimmungen bei Wehrpflichtigen und Soldaten, die nicht in Biehles Konzept passen, werden mit Unterstellungen diffamiert und ausgegrenzt. So unterstellt Biehle Kriegsdienstverweigerern, sie würden sich von "pragmatischen Abwägungen in Hinsicht auf den weiteren zivilen Lebensweg" leiten lassen, ohne diese Unterstellung belegen zu können.

Darin zeigt sich, daß es Biehle nicht in Erfüllung seiner eigentlichen Aufgabe darum geht, ein Stimmungsbild der Truppe zu entwerfen, sondern seine Ansichten zu einem neuen Bundeswehrkonzept zu vertreten. Die Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem Golfkrieg bei der Umstrukturierung der Bundeswehr, wie es Biehle selbst fordert, bedarf einer genaueren Analyse, als es im vorliegenden Bericht geleistet wird.

(-/23. April 1992/hgs/ks)

Wer nicht hören will, muß fühlen

Die Probleme der deutschen Einheit dürfen nicht verschleppt werden

Von Walter Haack

**Ehemaliger wissenschaftlicher Assistent der SPD-Bundestagsfraktion für
Vertriebenenfragen**

- Verzögerungstaktik von Bundesministern.
- Der Bundeskanzler bestimmt nicht mehr die Richtlinien der Politik, wie es Artikel 65 des Grundgesetzes vorschreibt.
- Die Zeit des Redens ist vorbei, Versprechungen müssen jetzt erfüllt werden.

Der Weg zur Verwirklichung der deutschen Einheit ist steiniger, - er wird auch teurer, als alle angenommen haben.

Das Zusammenwachsen jedenfalls ist ein langwieriger und widerspruchsvoller Prozeß.

Man darf nicht zulassen, daß der Mantel des Verschweigens über tiefgreifendes Unrecht der letzten 45 Jahre ausgebreitet wird, und der Bundeskanzler muß den Westdeutschen endlich sagen, daß sie von ihrem Überfluß "etwas mehr als bisher" abgeben müssen.

Die Solidartät aller Deutschen gebietet es, zu erkennen, daß die menschliche Einheit nicht "für'n Appel und'n Ei" zu haben ist, sondern die innenpolitische Aufgabe bis zum Ende dieses Jahrhunderts ist und bleibt.

- Was muß jetzt getan werden?

Es geht um das andauernde Warten von Hunderttausenden in den neuen Ländern und Mitteldeutschen in den alten Ländern von auf die lange Bank geschobenen Gesetzesvorhaben.

Vor einer "Explosion der Unzufriedenheit" warnte erst vor kurzem der Stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse, - ein Mann, der mit Sicherheit weiß, wovon er redet.

Damit es nicht erst zu einer so erdbebenartigen Explosion kommt, muß jetzt gehandelt werden!

- Auf welche Gesetze und Leistungen warten die Bürger und Bürgerinnen?
- 0 Etwa 180.000 ehemalige politische Häftlinge in Ost und West warten auf ihr Rehabilitierungsverfahren und ihre vermögensrechtlichen Ansprüche.

Das Unrechtsbereinigungsgesetz muß noch vor der Sommerpause des Bundestages in diesem Jahr in Kraft treten, denn die SED-Opfer bangen jetzt schon darum, ob es überhaupt noch eine Entschädigung gibt.

- 0 Leistungen an Altvertriebene in den neuen Ländern.

Es ist hinlänglich bekannt, daß im vergangenen Jahr, kurz vor der Weihnachtspause des Parlaments, das Kriegsfolgenabschlußgesetz um ein Jahr "hinausgeschoben" wurde, nur weil sich Bundesinnen- (CDU) und Bundesfinanzminister (CSU) nicht einig waren, ob man

den Vertriebenen, die seit Kriegsende in der SBZ/DDR ausgeharrt haben und keinerlei Leistungen erhalten haben, für den Verlust ihrer Heimat eine einmalige Zahlung von 4.000 DM gewähren soll.

Das Warten muß auch für diese Menschen ein baldiges Ende haben. Wenn sich zwei Minister oder mehr nicht einig sind und werden, muß der Kanzler entscheiden, denn er alleine bestimmt die Richtlinien der Politik.

- 0 Hinhaltetaktik der Bundesregierung gegenüber den Zwangsausgesiedelten ist unverträglich.

Eine Antwort der Bundesregierung vom 24. Oktober 1991 auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD "Rehabilitierung der vom SED-Regime Zwangsausgesiedelten" (BT-Drs. 12/1280) kann von den Zwangsausgesiedelten nur als Zumutung gewertet werden. Seit der Herstellung der staatlichen Einheit warten die Zwangsausgesiedelten vergeblich auf eine politische und moralische Rehabilitierung in einem entsprechenden Rechtsakt und auf die Berücksichtigung ihrer Forderungen auf Wiedergutmachung des ihnen zugefügten materiellen Schadens.

In Ihrer Antwort erklärt die Bundesregierung die Rehabilitierung der Opfer des SED-Unrechts-Regimes zwar als eine der wichtigsten rechtspolitischen Aufgaben der kommenden Jahre, substantiell aber wird den Zwangsausgesiedelten nichts Konkretes auf ihre Forderungen angeboten.

Erst unter dem Druck eines erheblichen Protestes auf dem Kongreß der Zwangsausgesiedelten am 15. Februar 1992 in Magdeburg hat Justizminister Dr. Kinkel (FDP) seine Blockadepolitik aufgegeben und die Rückgabe der Vermögenswerte beziehungsweise eine Entschädigung zugesagt.

Ob und wann diese Zusage verwirklicht wird, muß noch beantwortet werden.

- 0 Ein gesondertes "Ausgleichsgesetz" ist für diejenigen zu schaffen, die in der Zeit von 1945 bis 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) enteignet worden sind.

Zu einer solchen Entschädigung ist die Bundesregierung auf Grund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts verpflichtet.

Bislang hat man noch nichts gehört, wann und wieviel man zu zahlen bereit ist.

- 0 Das Vermögensgesetz soll bei der Lösung vermögensrechtlicher Fragen helfen. "Rückgabe oder Entschädigung" geben mehr Fragen als Antworten. Eine Broschüre des Bundesfinanzministers (BMF) erläutert viel- oder nichtsagend wörtlich: "Das geplante Entschädigungsgesetz wird die Regelungen zur Höhe der Entschädigung und deren Berechnung enthalten. Mit welchem Inhalt das Gesetz schließlich verabschiedet werden wird, kann derzeit nicht vorhergesagt werden ...". Und einen Absatz weiter: "Die normale Entschädigung in der DDR orientierte sich am Einheitswert von 1935. Die Höhe der Entschädigung wird daher in aller Regel erheblich hinter dem heutigen Verkehrswert des zu entschädigenden Objekts zurückbleiben müssen". Das war Originalton. "BMF".

Dieses Thema ist hinlänglich durch Fernsehen und Presse bekannt und wird die Deutschen in West und Ost leider noch lange beschäftigen.

Hinter diesen neuen Aufgabenbereichen stehen in jedem Einzelfall deutsche Menschen und Schicksale; sie sind heute in unserem vereinten Deutschland wohnhaft, - in West und Ost. Die Bundesregierung steht vor einer gewaltigen und ungeheuer schweren Aufgabe. Aber auch die andere große Volkspartei - die SPD - kann sich nicht verstecken. Jetzt ist noch Zeit, daß sich CDU/CSU, SPD und FDP an einen Tisch setzen, um auch diese Probleme zu bewältigen.

Bis zur nächsten Bundestagswahl im Herbst 1994 ist nicht mehr lange hin. Niemand der Politiker soll sagen können: "Das habe ich nicht gewußt", darum ist dies noch keine Warnung, sondern eine Mahnung, deutsche Interessen infolge der Einigung nicht zu vergessen!

(-/23. April 1992/hgs/ks)
